



Bürgermeister-Amtsleiterberatung 2024

Herzlich Willkommen!

Gesine Sommer

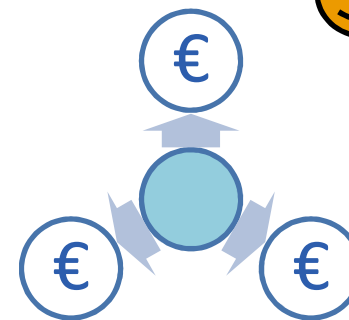
Leiterin

Stabstelle des Landrat

Wirtschaftsförderung/Kreisentwicklung

Themen

1. Neuerungen BauGB



§ 13b BauGB und § 215a BauGB

- **Urteil des BVerwG vom 18. Juli 2023** (4 CN 3.22)
 - nach § 13b BauGB konnten Außenbereichsflächen unter bestimmten Voraussetzungen im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung überplant werden
 - Dabei wurde der nach § 13b BauGB aufgestellte Bebauungsplan für unwirksam erklärt und dies mit der Unionsrechtswidrigkeit des § 13b BauGB begründet
- **vorläufige Handlungsempfehlungen durch BMWBS**
- am **17.11.2023** wurden im Zuge der Verabschiedung des Wärmeplanungsgesetzes auch Änderungen im BauGB beschlossen
 - § 215 a BauGB als Reparaturvorschrift regelt, dass die Gemeinden eine sog. umweltrechtliche Vorprüfung durchführen müssen
 - nur wenn Vorprüfung Anhaltspunkte für erhebliche Umweltauswirkungen gibt, muss eine vollständige Umweltprüfung erfolgen
 - sonstige Erleichterungen des vereinfachten Verfahrens (bspw. Verzicht auf die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und Absehen des Gebots der Entwicklung des Bebauungsplans aus dem Flächennutzungsplan) bleiben bestehen
- § 13b BauGB wird klarstellend aufgehoben

neue Rechtslage § 249a und b BauGB

- Privilegierung für PV-Freiflächenanlagen an Autobahnen und Schienenwegen sowie Erzeugung von grünem Wasserstoff nach § 35 Abs. 1 Nr. 8b BauGB sowie entsprechend § 249a-neu BauGB
 - bislang nur über Bebauungsplan zulässig, jetzt über Baugenehmigung
 - einzelne Beschränkungen, wie Entfernung von 200m oder bei grünem Wasserstoff die Grundfläche der Elektrolyseure von 100 qm
- Nutzbarmachung bestehender Braunkohletagebauflächen für Windenergie- und PV-Projekte nach § 249b-neu BauGB
- Umstellung des förmlichen Beteiligungsverfahrens auf ein digitales Verfahren als Regelfall - die analoge Auslegung der Planungsunterlagen bleibt aber erhalten, um allen Teilen der Bevölkerung eine Beteiligung zu ermöglichen
- Verkürzung der Fristen zur Genehmigung bestimmter Bauleitpläne (Flächennutzungspläne und Bebauungspläne, die nicht aus einem Flächennutzungsplan entwickelt wurden) von drei Monaten auf einen Monat
- Wiederaufbauklausel zur Bewältigung von Naturkatastrophen mit erheblichen Auswirkungen auf den Gebäude- und Infrastrukturbestand. So können in einem möglichen Katastrophenfall dringend benötigte Gebäude wie Wohnungen, Supermärkte oder Kitas schnell und unkompliziert errichtet werden. Gebäude können z.B. örtlich versetzt wiederaufgebaut werden, um künftige Schäden zu vermeiden.

neue Rechtslage § 249, § 245e BauGB

- Änderungen bezieht sich auf die Einschränkung der Wirkung des sog. Planvorbehalts gem. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB (Wenn FNP o. RP Konzentrationszonen für WEA vorsieht → Ausschlusswirkung für WEA außerhalb von Konzentrationszonen)
- Ziel der Einführung § 249 Abs. 1 BauGB: § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB künftig nicht mehr auf WEA anwendbar
- 2 Szenarien:
 - 2 % Flächenziel erreicht: Windkraft verliert Status als privilegiertes Außenbereichsvorhaben
 - 2 % Flächenziel nicht erreicht: Pläne verlieren ihre Lenkungswirkung → Keine Entgegenhaltung durch FNP+RO+ LP bei WEA im Außenbereich (§ 249 Abs.7 BauGB)
- Überleitungsvorschriften (§ 245e Abs. 1 Satz 1 BauGB): Zunächst bleibt für Bestandsplanungen alles beim Alten
 - Bisher unter der Prämisse des § 35 Abs. 3 Satz 3 erstellte Planungen sollen die dadurch erreichte Lenkungswirkung nicht verlieren. → Müssen aber bis 1.2.24 wirksam in Plänen ausgewiesen sein
 - Privilegierung für Bestandsplanungen endet bei Erreichung

Digitalisierung in der Bauleitplanung, insbesondere Xplanung

- Ab 1. 2. 2023 müssen alle Bauleitpläne standardmäßig auf Basis des XPlanungsformates erfasst sowie bearbeitet werden
- am 06.07.2023 Inkrafttreten des „Gesetzes zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren“ und damit **neuer § 4a Abs. 6 BauGB**
- Beschlüsse des IT-Planungsrats zur Festsetzung von IT-Interoperabilitäts- und IT-Sicherheitsstandards für die Digitalisierung der Bauleitplanung maßgeblich
- Beschlüsse des IT-Planungsrats sind in Sachsen bereits für die kommunale Ebene verbindlich, siehe §13 SächsEGovG
→ **Ausführungspflicht**

Bauleitplanung

- ! Ohne Berücksichtigung von Klimaschutzbelangen sind Planungen rechtlich angreifbar
- Optimierung hinsichtlich
 - Kurze Wege
 - Nachhaltiges Bauen
 - Erneuerbare Energien
 - Wasserrückhalt & Versickerung
 - Grünflächenanteil & Beschattung

Integrierte Stadtentwicklung

- Anpassung an Klimafolgen
 - Wasserrückhalt
 - Parks & Stadtgrün
- Verkehrsplanung
 - Tempo 30
 - Rad-(schnell)wege
- Mobilitätskonzepte
 - ÖPNV, ruhender Verkehr etc.
- Gestaltungssatzungen
- Satzungen zum Anschluss an Wärmenetze

Bauleitplanung

Integrierte Stadtentwicklung

Schulung gewünscht?

- z.B. Klimaschutz, Klimaanpassung und Klimaneutralität als Aufgaben der Bauleitplanung und des Besonderen Städtebaurechts - ISW München (isw-isb.de)
 - Wert: ca. 300 € p.P.
 - als Inhouse-Schulung im Landkreis, organisiert durch LRA
 - ab 15 Personen (für max. 100 € p.P.)
- Stimmungsbild?